KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

14. – 20. November 2026

Der ehemalige französische Premierminister unter Jacques Chirac, Dominique de Villepin, hat am 20. November 2026 seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 in einer Rede offiziell bekannt gegeben. De Villepin kritisierte die politische und gesellschaftliche Lage Frankreichs, sprach von einer „Demokratie im Stillstand" und einer zunehmenden politischen Krise. Zudem bezeichnete er Emmanuel Macron als „Geisterpräsidenten" (président fantôme) und warf dessen Regierung Orientierungslosigkeit vor. De Villepin fordert eine Stärkung der direkten Demokratie, insbesondere durch die häufigere Nutzung von Referenden. Sein Wahlprogramm, an dem er eigenen Angaben zufolge bereits seit mehreren Jahren arbeitet, soll unter anderem die Themen Wirtschaft, Umwelt, Jugend und internationale Konflikte behandeln. Seine Ausgangslage ist allerdings schwierig: In einer Umfrage, die kurz vor der Bekanntgabe seiner Kandidatur veröffentlicht wurde, lag er bei lediglich 1,5 % der Wahlabsichten. Dahingegen hat der ehemalige französische Präsident **François Hollande** seine Entscheidung über eine mögliche Präsidentschaftskandidatur auf Anfang Februar 2027 verschoben. In einem Fernsehinterview sagt er dazu, dass er dem Kandidat der Sozialisten, Raphaël Glucksmann, mehr Zeit geben wolle, seine politische Dynamik unter Beweis zu stellen und Wählerinnen und Wähler über das eigene linke Lager hinaus zu gewinnen.

Marine Tondelier, die Vorsitzende der französischen Grünen, hat ihre Bereitschaft erklärt, sich mit Jean-Luc Mélenchon und seiner Partei La France insoumise (LFI) für die Präsidentschaftswahl 2027 zu verbünden. Sie möchte umgehend Verhandlungen über ein gemeinsames Regierungsprogramm, die Parlamentswahlen und einen gemeinsamen Wahlkampf aufnehmen. Mélenchon begrüßte den Vorschlag ausdrücklich und bezeichnete ihn als „gute Nachricht". Er zeigte sich zuversichtlich, dass eine Einigung möglich sei, betonte jedoch, dass keine Partei ihre Eigenständigkeit aufgeben solle. Stattdessen sollten die politischen Kräfte gemeinsam Wahlkampf führen. Tondeliers Vorstoß hat die Grünen allerdings tief gespalten. Kritiker werfen ihr vor, die demokratische Abstimmung innerhalb der Partei vorwegzunehmen. Der ehemalige grüne Präsidentschaftskandidat Yannick Jadot, Unterstützer hat seinen Parteiaustritt angekündigt. Sie kritisieren die Annäherung an Mélenchon und sehen darin einen Bruch mit der proeuropäischen Tradition der Grünen. Auch Raphaël Glucksmann, der eine sozialdemokratische Alternative vertritt, lehnt diesen Kurs ab. Besonders umstritten sind Mélenchons europakritische Haltung und seine Äußerungen zum Ukrainekrieg. Am 13. Dezember werden die Mitglieder der Grünen entscheiden, ob sie eigenständig antreten, Glucksmann unterstützen oder sich Mélenchon anschließen.

Die französische Regierung hat erstmals bestätigt, dass sich französische Militärs zu Ausbildungs- und Wartungszwecken in der Ukraine aufhalten. Sie schulen ukrainische Soldaten im Umgang mit französischen Waffen, darunter Artilleriesysteme, Flugabwehr und Mirage-2000-Kampfjets. Laut Regierung finden die Einsätze weit entfernt von der Front statt und dienen nicht der direkten Kriegsführung. Diese Tatsache hat sogleich eine politische Debatte über die Rolle Frankreichs im Krieg gegen Russland ausgelöst. Die Regierung verteidigt diese Mission. Verteidigungsministerin Catherine Vautrin betonte, dass keine Kampfabsicht bestehe. Auch Außenminister Jean-Noël Barrot unterstützt die militärische Hilfe für die Ukraine. Der konservative Senator Cédric Perrin (Les Républicains) hält die Ausbildungsmission ebenfalls für vertretbar, kritisiert jedoch die mangelnde Information des Parlaments. Das Rassemblement National fordert deshalb eine parlamentarische Debatte. Jean-Luc Mélenchon (La France insoumise) und der Kommunist Fabien Roussel sehen das anders. Sie warnen vor einer weiteren militärischen Eskalation und einer zunehmenden Verwicklung Frankreichs in den Krieg. Zuvor hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow die französische Präsenz bereits als direkte Kriegsbeteiligung bezeichnet.

Nach einem Treffen mit dem ukrainischen Botschafter in Paris, Wadym Omeltschenko, hat Marine Le Pen ihre Position zur französischen Unterstützung der Ukraine präzisiert. Sollte sie 2027 zur Präsidentin gewählt werden, möchte sie die finanzielle Unterstützung Frankreichs für Kiew einstellen. Sie begründet dies mit der angespannten Haushaltslage und den fehlenden finanziellen Spielräumen des französischen Staates. Bereits eingegangene Verpflichtungen will sie allerdings einhalten. Dazu gehört insbesondere Frankreichs Beteiligung am europäischen Kreditpaket von 90 Milliarden Euro für die Ukraine für die Jahre

2026 und 2027. Auch Waffen- und Materiallieferungen, humanitäre Hilfe sowie eine aktivere diplomatische Zusammenarbeit sollen fortgesetzt werden. Seit Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 hat Frankreich insgesamt rund 27 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine beigetragen, davon etwa 7,9 Milliarden Euro durch direkte bilaterale Hilfen und weitere 18 Milliarden Euro über europäische Finanzierungsprogramme. Damit ist Frankreich nach Deutschland der zweitgrößte europäische Unterstützer. Zu den bisherigen Militärlieferungen gehören Caesar-Artilleriegeschütze, SCALP-Raketen, gepanzerte Fahrzeuge und Mirage-2000-Kampfjets. Präsident Emmanuel Macron warnt, dass eine Verringerung der Unterstützung die Ukraine zu einem ungerechten Frieden zwingen und zugleich die Sicherheit Europas gefährden könnte.

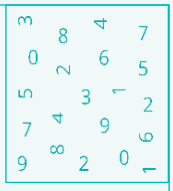
Frankreich sieht sich derzeit mit einer besonders schweren und bislang beispiellosen Welle von Cyberangriffen konfrontiert. Nach einer interministeriellen Krisensitzung am 19. November 2026 erklärte Premierminister Sébastien Lecornu, das Ausmaß der Bedrohung sei „besonders ernst und beispiellos" und es gebe keine Anzeichen dafür, dass sich die Lage bald verbessern werde. In den vergangenen Monaten waren zahlreiche staatliche Einrichtungen und Unternehmen betroffen, darunter die Finanzverwaltung, das Bildungsministerium sowie Unternehmen der Post- und Einzelhandelsbranche. Die Angriffe gehen auf staatliche Akteure, kriminelle Gruppen, die finanzielle Gewinne erzielen wollen, sowie auf politisch oder ideologisch motivierte Hacker zurück. Künstliche Intelligenz verschärft die Bedrohung zusätzlich, da sie Cyberangriffe beschleunigt und in größerem Umfang ermöglicht. Als Reaktion kündigte Lecornu mehrere Maßnahmen an: Ab 2027 müssen die Ministerien mindestens fünf Prozent ihrer IT-Budgets für Cybersicherheit aufwenden; bis 2030 soll dieser Anteil auf zehn Prozent steigen. Außerdem sollen rund 20.000 Organisationen strengere Sicherheitsanforderungen erfüllen. Geplant ist zudem eine zentrale Notrufnummer „17 Cyber" für Opfer von Cyberangriffen. Zusätzlich stellt der Staat 200 Millionen Euro bereit, um KI für die französische Cyberabwehr einzusetzen.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Nachdem die französische Nationalversammlung den Haushaltsentwurf der Regierung Anfang November einstimmig abgelehnt hat, beginnen am heutigen 20. November im französischen Senat die offiziellen Beratungen über den **Staatshaushalt für das Jahr 2027**. Da in der ersten Kammer keine Mehrheit zustande kam und der geänderte Entwurf abgelehnt wurde, wird im Oberhaus nun wieder die ursprüngliche Vorlage von Premierminister Sébastien Lecornu diskutiert. Um das hohe Haushaltsdefizit einzudämmen, hatte Lecornu ein striktes Sparpaket angekündigt, das Einsparungen in Höhe von 43 Milliarden Euro im Kernhaushalt und insgesamt 54 Milliarden Euro unter Einbeziehung der Sozialversicherung vorsieht. In den kommenden Wochen haben die Senatorinnen und Senatoren die Aufgabe, diese geplanten Kürzungen im Detail zu prüfen und gegebenenfalls eigene Änderungsanträge einzubringen. Für das parlamentarische Verfahren im Senat ist ein enger Zeitplan angesetzt. Die endgültige Abstimmung über den Haushaltsentwurf in dieser Kammer ist für den 9. Dezember vorgesehen.

DIE ZAHL DER WOCHE



200 Euro

In Frankreich gelten ab dem 20. November 2026 auch Banküberziehungen von weniger als **200 Euro** als Verbraucherkredite. Grundlage ist die neue EU-Richtlinie DCC 2, die Verbraucher besser vor riskanten Minikrediten und Ratenzahlungen schützen soll. Banken müssen vor der Erteilung einer neuen Genehmigung künftig auch bei kleinen Überziehungen die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden anhand von Einkommen, Ausgaben und Vermögen prüfen. Bereits bestehende Überziehungsgenehmigungen bleiben unverändert, der Dispokredit wird also nicht abgeschafft. Zudem werden die Bankgebühren neu geregelt. Pauschale Mindestgebühren, die teilweise über den tatsächlichen Kosten lagen, sollen wegfallen, da sie künftig im effektiven Jahreszins enthalten sein müssen. Verbraucherschützer begrüßen die Reform, warnen jedoch vor möglichen Folgen. Banken könnten weniger Überziehungen genehmigen. Dadurch könnten finanziell schwächere Haushalte häufiger in nicht genehmigte Überziehungen geraten und mit hohen Gebühren für abgelehnte Zahlungen oder Kontoüberschreitungen belastet werden. Wie viele Kunden davon betroffen sein werden, ist noch unklar.